

Kreisbaurätin: K-39-Sanierung wird pünktlich fertig

Von Björn Vasel

JORK. Kreisbaurätin Madeleine Pönitz geht weiter davon aus, dass die marode Kreisstraße 39 in Borstel wie vereinbart bis November 2021 grundsaniert sein wird. Der Landkreis Stade sieht keinen Anlass, die Zusammenarbeit mit Planungsbüro oder Baufirma aufzukündigen.

Das hat Kreisbaurätin Madeleine Pönitz am Dienstagmorgen im Kreishaus im Bau- und Wegeausschuss des Kreises Stade gegenüber der Politik deutlich gemacht. Pönitz stellte sich den Fragen der Politik – insbesondere von Peter Rolker (FDP) und Uwe Arndt (FWG). Die Kreisbaurätin nannte Defizite bei der Ausführungsplanung der K 39-Sanierung zwischen der Borsteler Mühle und dem KVG-Wendeplatz in Kohlenhusen durch das Ingenieurbüro Galla & Partner und die Probleme bei der Entsorgung des Erdreichs als Hauptgründe für die Verzögerungen beim Start der voraussichtlich drei Millionen Euro teuren Baumaßnahme.

Boden-Entsorgung noch ungelöst

Wie das TAGEBLATT bereits in der vergangenen Woche berichtet hat, konnte das Bauunternehmen Kalinowsky aus Bad Bevensen bislang keinen Nachweis für die Entsorgung des teilweise belasteten Bodens durch Deponierung oder Einbau vorlegen. Knapp 10 000 Kubikmeter müssen entsorgt werden. Die Krux: Für die vom Bauunternehmen (über einen Nachunternehmer) auf dem Gelände des früheren Atomkraftwerkes Stade in Bassenfleth angebotene Aufbereitung und Entsorgung des Materials gab es laut Kreisbaurätin „keine Genehmigung seitens des Gewerbeaufsichtsamtes“ in Cuxhaven. Deshalb habe der Landkreis Stade als Untere Umweltbehörde die Transporte von Borstel nach Stade untersagt. Den Boden müsse der Auftragnehmer, sprich Kalinowsky, jetzt entsorgen – nach Vorlegen eines Nachweises. Weitere Bodenentnahmen werde es erst geben, wenn die Baufirma die Papiere vorlegt habe und ihren angekündigten Plan B umsetze. Folge: Solange passiere in Sachen Boden nichts. Bereits in der Ausschreibung war dargelegt worden, welche Böden wie zu entsorgen sind.

Ein weiterer Grund für die Verzögerung sei der Schotter-Streit gewesen. Kalinowsky habe laut Landkreis Stade zu Beginn nicht die in der Ausschreibung vorgesehene Materialqualität geliefert, des Weiteren sei der vereinbarte Nachweis der Schotter-Menge (leerer und voller Lkw werden auf der Waage gewogen) nicht erbracht worden. „Wir wollen nur das bezahlen, was tatsächlich geliefert wurde“, so Pönitz.

Darüber sind Nachweise zu erbringen. Doch die Verantwortung liege nicht nur beim Straßenbauunternehmen. Hier bohrte Uwe Arndt (FWG) nach. Es habe Defizite und Fehler, aufgezeigt durch die Baufirma, bei den Ausführungsplanungen seitens des Ingenieurbüros gegeben.

Nachbesserungen nur auf Ebene von Details

Es habe Nachbesserungen gegeben, allerdings lediglich auf der Ebene von Details, sagte Jörg-Markus Winkler von der Abteilung Kreisstraßen im Kreishaus. Diese würden in der Regel vor Ort auf der Baustelle geklärt. Dass die Planung mehrfach überarbeitet werden musste, sei auch dem Ingenieurbüro anzulasten. Mit „gutem Willen“, so Winkler, hätte sich die Baufirma allerdings nicht an Kleinigkeiten wie neu aufgetauchten Leitungen, Höhen oder Ablauf hochziehen müssen. Es sei auf der 2000 Meter langen Baustelle „etwas eskaliert“, die Baufirma wolle „jedes Detail“ im Plan haben. Laut Pönitz gab es auch zwischenmenschliche Probleme – zwischen dem überwachenden Planungsbüro und der Baufirma. Letztere hatte sich über den Preis gegenüber fünf Mitbewerbern durchgesetzt.

Das Höchstgebot lag nach TAGEBLATT-Informationen bei knapp 4,7 Millionen Euro. Diese Zahl soll auch in dem nicht öffentlichen Teil der Bauausschusssitzung gefallen sein. Im Zuge des Vergabeverfahrens war im Kreishaus der Vorwurf „Dumpingpreis“ erhoben worden.

Keine Gründe für Vertragskündigungen

Kreistagsabgeordnete wie Karin Aval (Grüne) und Astrid Bade (SPD) kritisierten, dass FWG und FDP sich auf das Ingenieurbüro, das bei der zwölf Millionen Euro teuren, bis Ende 2023 dauernden Maßnahme für die Planung und Bauüberwachung in allen drei Abschnitten (6000 Meter) bis Hinterbrack verantwortlich sein wird, eingeschossen hätten. „Das grenzt an Rufmord“, sagte Bade.

Laut Pönitz habe die Baufirma Kalinowsky zugesichert, dass der Auftrag erfüllt und der rund 2000 Meter lange Abschnitt grundsaniert werde. Die Straßenbauer und Planer sollen weiterarbeiten. Eine erneute europaweite Ausschreibung würde auf der Baustelle für monatelangen Stillstand und Mehrkosten sorgen. Ansätze für einen Entzug des Auftrags an das Planungsbüro sieht die Verwaltung nicht, Leistungen seien erbracht worden.

Der Kreis will bei der Planung der nächsten Abschnitte allerdings „stärker hingucken als bislang“, so Pönitz. Sie versicherte Rolker (FDP), dass sie trotz der Stillstände davon ausgehe, dass die Bauarbeiter den Zeitplan einhalten werden. Mehrkosten will sie nicht mehr ausschließen, die Baufirma habe Nachträge gestellt. Das müsse noch nachverhandelt werden. Regressforderungen bei Sachkosten seien laut der Verträge über die Haftpflicht abgesichert: bis zu drei Millionen Euro. Eine juristische Prüfung habe es noch nicht gegeben. Bauausschussvorsitzender Rolf Suhr (CDU) ist hoffnungsvoll, dass am Ende alles gut wird.

FWG und FDP wollen hingegen die Planung weiter kritisch begleiten. Unterlagen der Baufirma bekamen die Kritiker im nicht öffentlichen Teil auf Betreiben der politischen Mehrheit nicht zu Gesicht. Rolker (FDP) sieht die Verantwortung weiter vor allem beim Planer, die Baufirma hingegen habe durch Aufdecken der Fehler den Steuerzahler entlastet.